

S.-H. Gemeindetag • Reventlouallee 6 • 24105 Kiel

An den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein Herrn Dr. Ralf Stegner Landeshaus 24105 Kiel 24 105 Kiel, 19.09.05

Reventlouallee 6/ II. Stock Haus der kommunalen Selbstverwaltung

Telefon: 0431 570050-50
Telefax: 0431 570050-54
E-Mail: info@shgt.de
Internet: www.shgt.de

Aktenzeichen: Bü/Pf

Vorab per Fax (Fax-Nr.: 0431/9883003)

Sehr geehrter Herr Dr. Stegner,

in ganz Schleswig-Holstein erzeugt die Diskussion über die Verwaltungsstrukturreform erhebliche Unruhe, Verunsicherung und auch beginnende Verteilungskämpfe
im kommunalen Bereich. Für den Bereich der kreisangehörigen Kommunen wird
mehr und mehr deutlich, dass das Innenministerium mehr als die Hälfte aller Gemeinde-, Amts- und Stadtverwaltungen als nicht mehr ausreichend wirtschaftlich und
leistungsfähig ansieht, nur weil diese weiniger als 9.000 Einwohner betreuen. Die
dafür bisher angeführten Begründungen sind für die Betroffenen nicht nachvollziehbar. Es gibt keine einzige Untersuchung, die dies belegt.

Gleichzeitig wird deutlich, dass dieser Prozess völlig unabhängig von der Frage durchgeführt werden soll, welche Aufgaben die kreisangehörigen Kommunalverwaltungen künftig haben sollen und wie wirtschaftlich und leistungsfähig sie im Einzelnen sind. Angesichts der kritischen Fragen der Bürgermeister, Amtsvorsteher, Leitenden Verwaltungsbeamten und Gemeindevertreter wird daher in immer deutlicherer Weise mit zwangsweiser Zusammenführung von Kommunalverwaltungen durch ein Gesetz zum 01.04.2007 gedroht.

Wir halten dies für keinen angemessenen Umgang zwischen Land und Kommunen. Wir können auch nicht erkennen, wie daraus für die kommunale Selbstverwaltung ein Gewinn entstehen kann. Auch wir halten eine Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein für notwendig und haben dafür vielfach Vorschläge gemacht. Wir wollen dabei ein partnerschaftliches Vorgehen mit dem Land.

Daher geht der Gemeindetag heute in die Offensive und bietet dem Land ein abgestimmtes statt konfrontatives Vorgehen an.

## Leitbegriffe unserer Initiative sind:

- schneller, denn wir wollen bereits ein Gesetz zum 1.1.2006
- verlässlich, denn wir wollen klare Verhältnisse und ehrliche Ziele statt Drohungen
- gemeinsam, denn nur ein partnerschaftliches Miteinander führt zum Erfolg
- **eigenverantwortlich**, denn die Entscheidungen über neue Strukturen müssen vor Ort fallen.

Unser Angebot dafür ruht auf einer geschlossenen Konzeption von drei Säulen:

- I. Verzicht auf ein Gesetz zum 01.04.2007
- II. Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit zum 01.01.2006
- III. Verwaltungsreform richtig anpacken!

Alles Nähere ergibt sich aus der beigefügten Konzeption "Verwaltungsreform richtig anpacken!".

Wir glauben, dass damit innerhalb dieser Wahlperiode eine Verwaltungsstrukturreform geschaffen werden kann, die für Land und Kommunen einen Gewinn bringt und eine Basis für Gemeinsamkeit schafft.

Für Gespräche darüber stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Bülow Landesgeschäftsführer